



POLITIK AKTUELL

Ausgabe 10/2008
03.11.2008

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Durch ihr rasches und zielgerichtetes Handeln sichert die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Stabilität und Funktionsfähigkeit des Finanzsystems. Mit ihrem Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte leistet die Bundesregierung auch einen zentralen Beitrag zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

Die CDU / CSU - Bundestagsfraktion unterstützt ausdrücklich das schnelle und entschlossene Handeln der Bundesregierung und begrüßen die enge Absprache der getroffenen Maßnahmen mit den übrigen G7-Ländern sowie den europäischen Partnern. Die Bundesregierung hat einen umfassenden Aktionsplan zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Neuordnung der Bankenmärkte vorgelegt, der im Wesentlichen aus folgenden Punkten besteht:

Erstens werden die Refinanzierungsmöglichkeiten der deutschen Finanzinstitute sichergestellt über die Einrichtung eines **Finanzmarktstabilisierungsfonds**, der bis zu einer Gesamtsumme von 400 Milliarden Euro staatliche Bürg-

schaften abgeben kann. Auf diese Weise wird für das gesamte Finanzsystem wieder eine Vertrauensbasis geschaffen als Voraussetzung dafür, dass sich die Banken wieder gegenseitig Geld leihen. Der für die Volkswirtschaft wichtige Liquiditätsfluss zwischen den Kreditinstituten wird wieder in Gang gesetzt. Selbstverständlich erfolgen diese staatlichen Garantien gegen eine angemessene Gebühr, die von den Kreditinstituten zu zahlen ist.

Zweitens erklärt sich der Bund bereit, durch den Erwerb von Vorzugsaktien, Aktien und Genussscheinen die Eigenkapitaldecke der Banken zu verbessern. Diese Form der **Rekapitalisierung** wird aber an Bedingungen geknüpft, die die Interessen der Steuerzahler wahren und die bisherigen Eigner und das Management in die Verantwortung nehmen und zudem bis Ende 2009 befristet ist. Vorgesehen ist eine maximale Inanspruchnahme dieser Eigenkapitalhilfe in Höhe von bis zu 80 Milliarden Euro. Zur Finanzierung von möglichen Ausfällen im Rahmen der staatlichen Garantie in Höhe von geschätzten 20 Milliarden Euro und zur Finanzierung der Rekapitalisierungsmaßnahmen in Höhe von bis zu 80 Milliarden Euro können über ein Sondervermögen Schuldverschreibungen bis zu einem Volumen von maximal 100 Milliarden Euro begeben werden.

Drittens werden noch in diesem Jahr Vorschläge für eine Verbesserung der Finanzmarktaufsichtsgesetze vorgelegt, die die Eingriffsmöglichkeiten der Finanzmarktaufsichten in Krisenzeiten verbessern. Und noch in dieser Legislaturperiode wird die Bundesregierung Vorschläge vorlegen für eine engere Verzahnung der Deutschen Bundesbank und der BAFin und zur Verbesserung der europäischen und internationalen Finanzmarktaufsicht.

Die CDU / CSU - Bundestagsfraktion dankt der Bundeskanzlerin und dem Bundesfinanzminister für das schnelle und entschlossene Eingreifen. Die Maßnahmen, die wir in dieser Woche verabschieden werden, sind ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Krise. Damit schützen wir die Guthaben der Sparerinnen und Sparer und vermeiden eine schwere Wirtschaftskrise. Gleichzeitig halten wir an unserem Ziel, bis 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, fest. Wir wissen, dass es unter den gegebenen Umständen sehr schwer wird, dieses Ziel zu erreichen. Dennoch ist gerade jetzt Verlässlichkeit in der Haushaltspolitik von besonderer Bedeutung.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:	
Michael Luther: Bürger entlasten und Familien stärken	2
ISAF-Mandat verlängert	2
Michael Luther: Der Gesundheitsfonds kommt	3
Die Woche im Bundestag	4
Stanislaw Tillich: Bildungsgipfel in Dresden	5
Christine Clauß: Ehrenamtsförderung in Sachsen	
Essay: „Es gibt eine Feigheit, intellektuell Widerstand zu leisten“	6
Termine & Impressum	8

Michael Luther: Bürger entlasten und Familien stärken

Die Große Koalition hat im Koalitionsausschuss eine Reihe wichtiger Entscheidungen zur Entlastung der Bürger und zur Stärkung der Familien beschlossen. Das Entlastungspaket kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Zum 1.1.2009 senken wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um weitere 0,5 Prozentpunkte auf 2,8 Prozent. Damit konnte eine wichtige Forderung der C D U / C S U - Bundestagsfraktion durchgesetzt werden.

Wir geben den Beitragszahlern das Geld zurück und verhindern so zudem, dass dieses Geld für andere Zwecke aufgebraucht wird. Einen weiteren wichtigen Entlastungsschritt gehen wir mit den verbesserten Familienleistungen: Der Kinderfreibetrag wird von heute 5.808 auf voraussichtlich 6.000 Euro im kommenden Jahr angehoben. Gleichzeitig steigt das Kindergeld um 10 Euro monatlich. Ab dem dritten Kind beträgt die Erhöhung 16 Euro. Zum 1.1.2010 werden wir überdies die

Möglichkeiten zum Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen in der Kranken- und Pflegeversicherung deutlich verbessern und die Bürgerinnen und Bürger damit um weitere neun Milliarden Euro entlasten. Mit der Festsetzung des einheitlichen Beitragssatzes, der ab 1.1.2009 für alle Krankenkassen gelten wird, stellen wir den Fortbestand einer erstklassigen medizinischen Versorgung sicher. Die Erhöhung der Beiträge um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte auf 15,5 Prozent ist notwendig, um die gestiegenen Kosten der Krankenhäuser, die höheren Arzneimittelkosten und die Verbesserung der Pflegeleistungen in den Kliniken zu finanzieren. Außerdem erhalten die niedergelassenen Ärzte eine angemessene Erhöhung ihrer Vergütung, die zu einer Angleichung der Honorare in Ost- und Westdeutschland führt. Die Beitragserhöhung steht nicht im Zusammenhang mit der Einführung des wettbewerbsfördernden Gesundheitsfonds. Gleichzeitig hat die Union in den Verhand-

lungen darauf geachtet, dass die Beitragserhöhung sich in engen Grenzen hält – im Sinne von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Weiterhin wurde beschlossen, die bereits beschlossene Wohngeldnovelle angesichts der gestiegenen Energiepreise statt zum 1.1.2009 bereits rückwirkend zum 1. Oktober dieses Jahres in Kraft zu setzen. Das kommt rund 800.000 Haushalten, darunter 300.000 Rentnerhaushalten, zu Gute.

Mit diesen Beschlüssen hat die Große Koalition erneut ihre Fähigkeit und Entschlossenheit unter Beweis gestellt, die wichtigen Probleme des Landes zu lösen. Dabei haben wir uns in den entscheidenden Punkten durchgesetzt. Wieder einmal wird klar: CDU/CSU sind die treibende Kraft in der Großen Koalition. Wir werden bis zum Ende der Legislaturperiode unsere ganze Kraft in den Dienst des Landes stellen und den vom Wähler erteilten Regierungsauftrag erfüllen.

Bildungsbericht 2008

Die Bundesregierung hat letzte Woche den Nationalen Bildungsbericht 2008 – Bildung in Deutschland und Stellungnahme der Bundesregierung vorgestellt. Der Bericht wurde im Zeitraum von Dezember 2006 bis Juni 2008 vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erstellt und erstreckt sich von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung. Der Bildungsstand der Bevölkerung hat insgesamt zugenommen. Die Bildungsbeteiligung ist im internationalen Vergleich hoch. Insbesondere Mädchen und junge Frauen werden im Bildungssystem immer erfolgreicher. Problematisch ist jedoch eine zu enge Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Künftig wird es darauf ankommen, Übergänge zu erleichtern und Aufstiegswege weiter auszubauen, um die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erweitern. Präventive Ansätze, die in der Bildungslaufbahn früh das Erreichen von Kompetenzen und Abschlüssen fördern, müssen Vorrang vor nachholender Qualifizierung haben.

ISAF-Mandat verlängert

In der letzten Sitzungswoche wurde die Beteiligung der Bundeswehr an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) für weitere 14 Monate verlängert. Dabei erhöhen wir die Obergrenze des Kontingents um 1.000 Mann auf 4.500. Wir treffen diese Entscheidung mit der Gewissheit, dass dieser Einsatz nicht nur hilft, die Lage und den Alltag der Menschen in Afghanistan zu verbessern.

Dieser Einsatz ist ebenso ein wichtiger Beitrag für die Sicherheit der Bürger in

Deutschland. Von Afghanistan aus dürfen keine terroristischen Anschläge mehr geplant und koordiniert werden. Mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit haben wir in der NATO einen umfassenden Ansatz zur Stabilisierung, Terrorbekämpfung und zum Wiederaufbau durchgesetzt.

Damit kommen wir Schritt für Schritt dem Ziel näher, Afghanistan in die Lage zu versetzen, selbst für seine Sicherheit zu sorgen. Dazu sind ausgebildete afghanische Streitkräfte und Polizisten nötig. Deshalb wird die Bundeswehr im kommenden Jahr einen Schwer-

punkt auf deren Ausbildung legen. Wir wissen genau: Angesichts der Bedrohung durch militante regierungsfeindliche Kräfte und die Organisierte Kriminalität, einschließlich der Drogenkriminalität, bleibt Afghanistan auf die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft angewiesen.

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin angespannt. Der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten bleibt daher mit Gefahren für Leib und Leben verbunden. Wir haben aber alle technische Voraussetzungen dafür geschaffen und die Aufklärung ver-

stärkt, damit unsere Soldaten ihren Auftrag gut erfüllen können. Ihre Arbeit vor Ort ist professionell, erfolgreich und anerkannt. Sie mehren damit das Ansehen Deutschlands in der Welt. Das verdient noch mehr öffentliche Würdigung sowie die breite Unterstützung des Deutschen Bundestages.

Außerdem erhöhen wir den Beitrag zum zivilen Wiederaufbau. Hierfür wurden die Mittel im Jahr 2008 um 70 Mio. EUR auf nunmehr 170,7 Mio. EUR angehoben. Dies sind wichtige und richtige Investitionen in unsere eigene Sicherheit.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Mit Beginn des kommenden Jahres wird der Gesundheitsfonds in Kraft treten. In der Öffentlichkeit kommt vielfach der Eindruck auf, dass Rentner durch die Einführung dieses Fonds über Gebühr belastet werden. Das ist so nicht richtig. Lassen Sie mich dazu wie folgt Stellung nehmen:

1. Beitragserhöhungen auch ohne Gesundheitsfonds

Bitte bedenken Sie, dass auch ohne den Start des Gesundheitsfonds Anfang 2009 auf die Versicherten Beitragssteigerungen zugekommen wären. Hierzu nur ein Beispiel: Die AOK Plus, bislang als AOK Sachsen und AOK Thüringen bekannt, hat derzeit mit 12,9 Prozent einen sehr niedrigen Versicherungstarif. Wir sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten stehen mit der AOK Plus in ständigem Dialog. Bei einem unser letzten Gespräche erklärte uns deren orstandsvorsitzender Rolf Steinbronn, dass seine Kasse ihre Beiträge 2009 unabhängig von der Einführung des Gesundheitsfonds massiv, d.h. um weit mehr als 1 Prozent, hätte erhö-

hen müssen, da die AOK Plus mit dem aktuellen Beitragssatz von 12,9 Prozent ihre Ausgaben künftig nicht mehr decken könne.

2. Ausgabensteigerungen und Ärztemangel in Ostdeutschland

Ein weiterer Punkt sind die erhöhten Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die Erhöhung der Arzthonorare um rund 2,5 Milliarden, eine Aufstockung für die Krankenhäuser um 3 Milliarden und steigende Arzneimittelausgaben führen zu diesem Anstieg. Wesentlich hierbei ist der in Sachsen und den anderen ostdeutschen Bundesländern drohende Ärztemangel. In vielen Gegenden gibt es bereits weniger niedergelassenen Hausärzte als wünschenswert wäre. Gleiches gilt für Fachärzte in den Krankenhäusern. Mit den genannten Mittelaufstockungen treten wir diesem Ärztemangel und einer drohenden Abwanderung unserer sächsischen Ärzte in Richtung der westdeutschen Länder entgegen. Hiervon werden die Menschen in Sachsen fühlbar profitieren.

3. Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem

Der größte Gewinn durch die Einführung des Gesund-

heitsfonds ist jedoch ein stabiles und zukunftssicheres Gesundheitssystem für die Menschen in unserem Land. Das deutsche Gesundheitssystem ist nach wie vor eines der besten der Welt. Wir wollen das dies so bleibt und auch deshalb wird zum 1. Januar 2009 der Gesundheitsfonds eingeführt.

4. Mehr Beitragsgerechtigkeit

Die Neuordnung der Finanzierung durch Einführung des Gesundheitsfonds und des einheitlichen Beitragssatzes hat nicht zuletzt auch den Sinn, Beitragsgerechtigkeit herzustellen. Es gibt derzeit 210 Krankenkassen mit gleichen Leistungen, aber unterschiedlichen Beitragssätzen. Die Versicherten besuchen aber das gleiche Krankenhaus oder den gleichen Arzt. Viele Mitglieder zahlen heute nicht deswegen höhere Beiträge, weil ihre Kasse unwirtschaftlich ist, sondern deswegen, weil ihre Kasse eine ungünstige Versichertenstruktur hat. So gibt es Kassen, die ihre Beitragssätze über den jetzt festgelegten Beitragssatz von 15,5 Prozent erheben müssten, weil über die Hälfte der Versicherten Rentner sind. Und es gibt Kassen, bei denen viele

jüngere Leute und nur wenige Rentner versichert sind. Die könnten allein wegen dieser Altersstruktur bei einem günstigeren Beitragssatz bleiben. Die heutige Verteilung ist damit nicht fair. Der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen wird sich in Zukunft von einer eindimensionalen Konkurrenz um niedrige Beitragssätze unter gerechten Rahmenbedingungen zu einem Wettbewerb um die besseren Versorgungsangebote entwickeln. Die Einführung des Gesundheitsfonds dient damit der Optimierung der Struktur, nicht der Schröpfung der Versicherten.

5. Beiträgerückstattung möglich

Lassen Sie mich noch etwas feststellen: Für den Fall, dass Krankenkassen gut wirtschaften, besteht mit Einführung des Fonds die Möglichkeit, dass Versicherte von ihrer Krankenkasse Beiträge teilweise rückerstattet bekommen können. Wenn Ihre Kasse gut wirtschaftet, können Sie als Versicherter direkt davon profitieren. Ich würde Ihnen raten, Ihre Kasse einmal hierauf anzusprechen.

Arbeitnehmer-Entsendegesetz

In erster Lesung wurde in dieser Woche das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen im Deutschen Bundestag beraten.

Die beiden Regierungsentwürfe setzen die Einigung des Koalitionsausschusses vom 18. Juni 2007 zur Einbeziehung weiterer Bran-

chen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und zur Aktualisierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes von 1952 zu einem Gesetz für Mindestlöhne für bestimmte Bereiche um.

Bis zum Stichtag am 31. März 2008 haben acht Branchen einen Antrag auf Aufnahme in das Entsendegesetz gestellt: die Zeitarbeit, die „Pflegetätigkeiten

in der ambulanten und stationären Altenpflege“, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft, die „Weiterbildungsbranche, soweit sie sich mit der Erbringung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen nach dem SGB II und SGB III beschäftigt“, die forstlichen Dienstleistungen, die textilen Dienstleistungen im Objektkundenbereich sowie die Bergbauspezialarbeiten.

Eine Entscheidung über die Aufnahme der Branchen ist aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erst möglich, wenn sämtliche Tarifverträge und Voten des Tarifausschusses vorliegen.

Vergangene Woche hat die Bundesregierung den Nationalen Bildungsbericht 2008 – Bildung in Deutschland und Stellungnahme der Bundesregierung vorgestellt. Der Bericht wurde im Zeitraum von Dezember 2006 bis Juni 2008 vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erstellt und erstreckt sich von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung. Der Bildungsstand der Bevölkerung hat insgesamt zugenommen. Die Bildungsbe teiligung ist im internationalen Vergleich hoch. Insbesondere Mädchen und junge Frauen werden im Bildungssystem immer erfolgreicher. Problematisch ist jedoch eine zu enge Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Künftig wird es darauf ankommen, Übergänge zu erleichtern und Aufstiegswege weiter auszubauen,

um die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erweitern. Präventive Ansätze, die in der Bildungslaufbahn früh das Erreichen von Kompetenzen und Abschlüssen fördern, müssen Vorrang vor nachholender Qualifizierung haben.

Die Investitionszulage soll nach dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Investitionszulagengesetz 2010 (InvZuLG 2010) nach 2009 bis zum Ende des Jahres 2013 mit überwiegend gleich bleibenden Fördervoraussetzungen fortgeführt werden. Vorgesehen ist die Förderung von in den Jahren 2010 bis 2013 getätigten wachstumsrelevanten und arbeitsplatzschaffenden Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen und des Beherbergungsgewerbes in den neuen Ländern und

Berlin. Dabei ist die Investitionsförderung in den neuen Ländern eines der zentralen Instrumente zur Förderung des Aufbaus der ostdeutschen Wirtschaft. Mit der vorgesehenen Verlängerung der Investitionszulage bis 2013 wird der dynamische Aufschwung im Osten auch weiterhin nachhaltig gestärkt. Das bisherige sehr hohe Niveau der Förderung soll ab 2010 allerdings schrittweise abgesenkt werden. Dies entspricht den Bestrebungen, die Investitionszulage langfristig planmäßig auslaufen zu lassen und die Investitionsförderung auch in Ostdeutschland auf die im Grundgesetz verankerte Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu konzentrieren.

In erster Lesung wurde das Gesetz über Personalausweise und den elektroni-

schen Identitätsnachweis sowie zur Änderung weiterer Vorschriften, mit dem der elektronische, mit biometrischen Merkmalen versehene, Personalausweis ab 1. November 2010 eingeführt wird. Die Aufnahme von Fingerabdrücken ist optional. Sie schützt vor missbräuchlichem Gebrauch z. B. von gestohlenen Dokumenten. Ebenfalls optional kann eine elektronische Signatur gespeichert werden, die den elektronischen Geschäftsverkehr erleichtert. Neben einem deutlichen Sicherheitsgewinn wird die Verbesserung des Internetgeschäftsverkehrs positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland haben.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Kosten der Arbeitslosigkeit deutlich gesunken:

Seit 2004 sind die Kosten der Arbeitslosigkeit um 27 Prozent gesunken. Damals hatten die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit noch 92 Milliarden Euro betragen, bis 2007 reduzierten sie sich um rund 25 Milliarden Euro auf 68 Milliarden Euro. Da gleichzeitig die Arbeitslosigkeit „nur“ um 21 Prozent zurückgegangen ist, bedeutet dies, dass auch die Kosten pro Arbeitslosen um 7 Prozent gesenkt werden konnten. Ursache hierfür waren die Arbeitsmarktreformen. Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Arbeitskosten in Deutschland auf mittlerem Niveau im europäischen Vergleich:

Der durchschnittliche Stundenlohn in der deutschen Privatwirtschaft betrug 2007 29,10 Euro. Damit

lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland nach Dänemark, Schweden, Belgien, Luxemburg, Frankreich und den Niederlanden auf Rang 7. Schlusslicht bildete mit 2,10 Euro Bulgarien. Im verarbeitenden Gewerbe, das besonders im internationalen Wettbewerb steht, kostete die Arbeitsstunde durchschnittlich 33 Euro. Mehr müssen Arbeitgeber in Belgien, Schweden und Dänemark erreichen. Auch bei den Lohnnebenkosten belegte Deutschland einen Platz in der Mitte. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Linkspartei genießt Rückhalt bei allen Einkommensschichten:

Die Linkspartei hat Unterstützer in allen Einkommensgruppen. Besonders groß ist die Zahl der Sympathisanten in Ostdeutschland unter Angehörigen der gehobenen, in West-

deutschland unter Angehörigen der unteren Mittelschicht.

Parallel zur wachsenden Wählerschaft ist auch die langfristige Bindung an die Linkspartei gestiegen. Insgesamt scheint bei Personen, die sich große Sorgen um soziale Belange machen, eine hohe Neigung zur Linkspartei zu bestehen. In Ostdeutschland tendieren besonders Menschen, die sich um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sorgen, zu den „Linken“. Im Westen empfinden vor allem diejenigen große Sympathie für sie, die ihre eigene wirtschaftliche Lage kritisch einschätzen. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Deutsche Wirtschaft im Belastungstest:

Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung in ihrer

Herbstprojektion im Jahresdurchschnitt ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,7 Prozent. Für das Jahr 2009 geht die Bundesregierung von einem Wachstum in Höhe von 0,2 Prozent aus.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos: „Für das Jahr 2008 wird die Bundesregierung ungeachtet der weltweiten Finanzkrise ihre Projektion vom Frühjahr voraussichtlich noch einhalten können. Im Jahr 2009 ist allenfalls noch ein sehr geringes Wachstum absehbar. Die deutsche Wirtschaft ist zurzeit einem harten Belastungstest ausgesetzt. Nur durch umfassende Anstrengungen und Beiträge aller werden wir gemeinsam diesen Test bestehen können.“ (Bundeswirtschaftsministerium, 16.10.08)

Ministerpräsident Stanislaw Tillich:

"Mehr junge Menschen für Naturwissenschaft und Technik begeistern"



Stanislaw Tillich Mdl.
Sächsischer Ministerpräsident

Am 22. Oktober fand in Dresden der Qualifizierungsgipfel von Bund und Ländern statt. Ziel des Gipfels war es, Qualitätsverbesserungen in der Bildung zu errei-

chen und die Zahl von gut ausgebildeten Menschen weiter zu erhöhen.

"Gerade angesichts des steigenden Bedarfs an Fachkräften müssen wir mehr junge Menschen für Naturwissenschaft und Technik begeistern", sagte Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich. "Naturwissenschaft und Technik gelten häufig als "schwierige" Fächer, viele junge Menschen tun sich deshalb schwer, sich für einen solchen Beruf zu entscheiden. Das müssen wir ändern: Der Wohlstand Deutschlands ist unmittel-

bar verbunden mit den Erfindungen unserer klugen Köpfe der vergangenen Jahrzehnte. Um auch die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, müssen wir jungen Menschen Lust machen, sich für Naturwissenschaft und Technik zu entscheiden und die Begeisterung für diese Fächer wecken. "Außerdem sprach sich Tillich dafür aus, in den Schulen noch stärker das Wissen über die Wirtschaft und ihre Funktionsweise zu vermitteln.

Der Freistaat Sachsen habe sich bewusst entschieden,

die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer stärker in den Lehrplänen zu verankern. "Sachsen ist die Ingenieursschmiede Deutschlands. Damit das auch so bleibt, führen wir unsere Schüler frühzeitig an diese Fächer heran. "Um jungen Menschen auch ein Studium in Naturwissenschaft und Technik zu erleichtern, sei Mathematik in Sachsen immer Prüfungsfach im Abitur geblieben. Ab diesem Schuljahr müssen an sächsischen Gymnasien zusätzlich alle Naturwissenschaften bis zum Abitur belegt werden.

Pressemeldung Sächsische Staatskanzlei vom 22.10.2008

Staatsministerin Christine Clauß:

TAURIS wird mit fast 10 Millionen Euro fortgeführt



Christine Clauß Mdl.
Sächsische Staatsministerin für Soziales

In der Förderperiode bis 2010 stehen für das Programm TAURIS fast 10 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können jährlich ca. 5.000 Langzeitarbeitslose, die Leistungen nach SGB II beziehen, eine Entschädigung erhalten.

Sozialministerin Christine Clauß hat den Bescheid an die TAURIS-Stiftung übergeben. Gegenwärtig gibt es

ca. 4.700 aktive Teilnehmer bei TAURIS. „So können Langzeitarbeitslose, die unter den gegenwärtigen Bedingungen des regulären Arbeitsmarktes keinen Arbeitsplatz finden, über die Förderung von "Kleinvorhaben zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts" eine sinnvolle Aufgabe finden, bei der sie finanziell unterstützt werden“, betonte Sozialministerin Christine Clauß heute in Dresden. Gerade bei Langzeitarbeitslosen sei es wichtig, so die Ministerin, dass ihr Wunsch, eine sinnvolle Tätigkeit aufzunehmen, nicht am nötigen Kleingeld zum Beispiel für die Anfahrtskosten scheitere.

Künftig ist eine Förderung von Personen, die keine Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch

- Grundsicherung für Arbeitssuchende - (SGB II) beziehen, nach der ESF-Richtlinie ausgeschlossen. Durch die Beschränkung auf die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II werden die Mittel noch stärker auf den Kreis der finanziell Bedürftigen konzentriert. Langzeitarbeitslosen wird für 14 Stunden Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 19,50 EUR gewährt. In einer Woche kann der Aufwand für maximal 14 Stunden entschädigt werden. Diese Aufwandsentschädigung wird nicht auf Leistungen nach dem SGB II angerechnet.

Die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen, die sich im gemeinnützigen und öffentlichen Bereich sinnvoll betätigen wollen, hat im Freistaat Sachsen schon eine jahrelange Tra-

dition. Deshalb wurde schon im Jahr 1999 das TAURIS-Programm aufgelegt.

Personen, die nicht über das TAURIS-Programm gefördert werden können, haben die Möglichkeit, das Programm für Sachsen in Anspruch zu nehmen. Die Förderung erfolgt unabhängig vom Alter und Erwerbsstatus und setzt ein Engagement von durchschnittlich mindestens 20 Stunden voraus. Die Höhe der Aufwandsentschädigung beträgt monatlich pauschal 40 EUR. Details unter:

www.soziales.sachsen.de/3691.html bzw. unter www.wir-fuer-sachsen.de.

„Es gibt eine Feigheit, intellektuell Widerstand zu leisten“

„Politische Kultur – Rückgrat für die Demokratie“ –

CDiskUrs lädt den Thüringer „Beinahe“-Kultusminister Peter Krause ein

Für die Veranstaltung von CDiskUrs am 18. September 2008 im Café Krubsacius des Dresdner Stadtmuseums hatten sich die Organisatoren um CDU-Kreischef Lars Rohwer MdL etwas Besonderes einfallen lassen: Zu Gast war Peter Krause, Mitglied des Thüringischen Landtags und Kreisvorsitzender der Weimarer CDU. Unter dem Motto „Politische Kultur – Rückgrat für die Demokratie“ sollte der kürzlich durch die links dominierte Medienlandschaft Geschasste Ausführungen zu deren Stand und Entwicklung im heutigen Deutschland anstellen. Über sein eigenes Schicksal fand er zum Thema und die Veranstaltung versprach interessant zu werden. Nach einigen definitorischen Erklärungen des Kreisvorsitzenden ließ Krause, einst engagierter Mitstreiter des Neuen Forums in Thüringen und später promovierter Germanist, Einblicke in sein „Seelenleben“ zum Verlauf der letzten Monate zu, die auch darüber Auskunft erteilen, wie es um die Politische Kultur am Beispiel des Umgangs zwischen Medien und Politik in Deutschland mittlerweile bestellt ist.

Rückblick: Peter Krause hatte sich im Sommer dieses Jahres um das Amt des thüringischen Kultusministers beworben. Seiner Herkunft und Bildung nach schien er dafür prädestiniert. Eifrige linke (linksextreme) Wähler unterschiedlicher parteilicher Couleur fanden im Lebenslauf des gebildeten Mittvierzigers aber einige für sie und die von der Aufregung lebende Medienöffentlichkeit unappetitliche Häppchen für ihre mediale Verwertungs-maschinerie. Sein Vergehen: Krause schrieb mehrere Aufsätze in der als „rechts“ oder gar „rechtsextrem“ titulierten „Jungen Freiheit“ (JF), einer Berliner Wochenzeitung, in der schon frühere SPD-Größen wie Egon Bahr bereitwillig Interviews gegeben haben. Lange war das mit

dem Schreiben bei Krause her, nie war er selbst Redakteur der „JF“. Schon 2004 hatte Krause es für die, die die Zeitung nicht selbst lasen, öffentlich gemacht. Nun aber war es interessant, besonders, als dann von ihm noch Beiträge in der „Etappe“, einer dem Gedankengut des Juristen Carl Schmitt (+1985) nahestehenden Intellektuellenpostille, gefunden wurden, wobei in einer Ausgabe, für die Krause einen Artikel verfasste, eine lateinische Übersetzung des Horst-Wessel-Liedes Eingang gefunden hatte (wovon Krause zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seines dortigen Beitrags nichts wusste). Der Stoff schien demnach endlos, der Mann aus Sicht der Linken untragbar für das hohe Amt des Kultusministers.

DIE LINKE, in Thüringen mittlerweile vom Kopf her das Sammelbecken z.T. verfassungsfeindlicher Alt-68er aus den westlichen Bundesländern, die weder die Wiedervereinigung, noch ihre Erfolglosigkeit im Westen verwunden hätten (Peter Krause), brachte zur Feindbeobachtung der „Causa Krause“ im Sommer 2008 ein eigenes Dossier mit 36 Seiten Umfang zur internen Verwendung heraus, in dem sie dessen scheinbare Missetaten minutiös auflistete. Obschon führende Politiker ihrer örtlichen Landespartei und der LINKE-Kreisverband Weimar bekennen mussten (letztere dadurch, indem sie sich an der Schlammschlacht nicht beteiligten), dass an dem Mann nichts zu beanstanden sei, lief die Medien-Mühle munter weiter, die mit einem Artikel bei „SPIEGEL online“ ihren Einstand genommen hatte. Krause sei aufgrund seiner Vergangenheit und seines politischen Standpunkts nicht tragbar, er mische im neurechten Lager mit, versuche sich im Geschichtsrelativismus. Schnell fand die Auseinandersetzung

ihren Weg auf die Bundesebene, wo sich die altbekannten Betroffenheitsrhetoriker der Grünen um Claudia Roth & Co. beeilten, die Wirklichkeit wieder einmal umzuschreiben: Aus „Schuldmetaphysik“ (aus dem Zusammenhang gerissen) wurde „Schuldmetaphorik“, als es um eine völlig unverfängliche Stellungnahme Krauses zum Nationalsozialismus ging.

Ab einem bestimmten Punkt mache es dann keinen Sinn mehr, sich zu verausgaben, so Krause. Die Medien seien – auch im bisher als konservativ verorteten Lager – schnell auf das Sammelsurium von unwahren Behauptungen und Verleumdungen aufgesprungen, von der TAZ über die WELT bis zur FAZ. Erst viel zu spät drehte sich der Wind. Artikel, die bei SPIEGEL oder TAZ zur Darstellung von Einzelheiten nach Gesprächen mit Krause vor Ort in gutem Einvernehmen entstanden seien, wurden in den Redaktionsstuben „von oben“ umgeschrieben oder erschienen erst gar nicht: „Es kann nicht sein, was ...“ oder „Was nicht passt, wird ...“. „Ich habe gemerkt, dass die Einschränkung der Meinungsfreiheit sehr weit fortgeschritten ist.“, so Krause mit dem Unterton leichter Resignation.

Peter Krause zieht aus diesen Wochen die Schlussfolgerung, dass zwar Intrigen zum (medien-) politischen Geschäft gehörten, doch: „Wenn sie als Person aber nicht authentisch bleiben, haben sie keine Chance.“ Die in Thüringen maßgeblich von Altlinken aus dem Westen dominierte Kulturszene kämpfe an Fronten einer längst vergangenen Zeit. Dort würde Theorie und Dogmatik malträtiert, die im Osten nicht einmal eingefleischte PDS-Vorkämpfer ernst nähmen. Na klar – manches, so war das ja auch in der DDR, müsse man davon über sich ergehen las-

sen, hinnehmen. Jetzt habe man es aber mit Leuten aus dem Westen zu tun, die „dort wohl nie etwas geworden wären“ und all das glaubten, was sie sagen. Erfahrungsschatz und Ideale der „89er“ in den Neuen Ländern, zu denen er sich selbst zählt, und der „West-68er“ klaffen für ihn unversöhnlich auseinander. Obwohl Peter Krause für sich im heißen Sommer 2008 breite Unterstützung in der eigenen Landespartei sah – von seinem Kreisverband über die Landtagsfraktion bis zum Ministerpräsident –, schien er mit der Haltung der Bundes-CDU nicht ganz zufrieden: „Berlin hat keinen wirklichen Einfluss genommen, aber auch nicht geholfen“. Nichts Neues also aus der Hauptstadt ... Die Volksparteien seien vielmehr auf dem Weg, zu Kaderparteien ohne politisch klar erkennbares Profil herabzusinken.

Dass es soweit gekommen, dass also die Diskurshoheit – nicht etwa über die Stammtische – doch aber in den Medien, in der politischen Öffentlichkeit insgesamt, auf die linken Kräfte nahezu ausnahmslos übergegangen sei, habe sich das konservative Lager zu einem Gutteil selbst zuzuschreiben. Kampflos lasse man sich treiben von deren Ideologen, die nun versuchten, die 1989 mit dem Untergang des Sowjetkommunismus verlorene Schlacht durch die populistische Überwältigung der deutschen Öffentlichkeit mit ihrem Sozial- und Gerechtigkeitspathos in der Gegenwart auszugleichen. Der CDU im Osten fehle nicht nur das Bürgertum als Basis, sondern der Biss, die Ironie, ein wenig Frechheit. Im eigenen Lager gebe es „eine Feigheit, intellektuell Widerstand zu leisten.“

Michael Kunze, ehem. Landesvorsitzender des RCDS Sachsen, Vorsitzender der CDU Werdau.

CDU KV Zwickau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710
Fax: 0375-294567
E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de



Zeichnung: Tomicek

Termine November - Dezember 2008

17.11.08	Gesundheitsforum der Sächsischen Union; Uhrzeit: 18.00 Uhr; Leipzig, Fraunhofer Institut für Zelltherapie und Immunologie (IZI), Perlickstraße 1	21.11.08	Im Anschluss an den Kreisparteitag: Nominierung der Landtagskandidaten für die Wahlkreise: WK 8 Zwickauer Land 2 / WK 9 Zwickau Stadt
20.11.08	Bürgersprechstunde 15.00 - 17.00 Uhr Ort: Wahlkreisbüro Zwickau Hauptstraße 28	28.11.08	Nominierung des Kandidaten für den Landtagswahlkreis 11 Chemnitzer Land 2
21.11.08	Kreisparteitag, Ort: Café am Waldpark, Werdauer Str. 160, Zwickau; Beginn: 18.00 Uhr Thema: Wahl der Delegierten für die Vertreterversammlung zur Landtagswahl	30.11.08 - 02.12.08	22. Bundesparteitag der CDU Deutschlands; Stuttgart
		05.12.08	Nominierung des Kandidaten für den Landtagswahlkreis 10 Chemnitzer Land 1

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 7 70 92
Fax: (030) 227 - 7 61 16
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de

www.cdu-zwickau-werdau.de